



## Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke

### Netzneutralität in Europa sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Übertragung von Daten im Internet basiert auf der Gleichbehandlung aller Daten. Es gibt jedoch zunehmend Überlegungen von Providern und führenden Telekommunikationsunternehmen, das Internet zu regulieren und damit die Netzneutralität aufzuheben. Die Europäische Kommission hat im Rahmen ihrer „Digitalen Agenda“, die Teil der „Europa 2020 Strategie“ ist, das Thema aufgegriffen und wird nach der Beendigung des Konsultationsprozesses 2011 einen Gesetzgebungsprozess in Gang setzen, der zum Ziel hat, die Netzneutralität in Europa zu erhalten.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- die Offenheit des Internets für alle Teilnehmer sicherzustellen ist,
- die Freiheit von Nutzern und ein diskriminierungsfreier und transparenter Zugang europaweit erhalten bleibt,
- die Netzneutralität ein wichtiges soziales Gut der Wissensgesellschaft bleibt,
- auf europäischer Ebene die Netzneutralität gesetzlich verankert wird,
- die Netzneutralität im deutschen Telekommunikationsgesetz verbindlich festgeschrieben wird,
- die Bundesnetzagentur mit der Durchsetzung der Netzneutralität in Deutschland beauftragt wird
- dass Anforderungen des Datenschutzes und des Verbraucherschutzes als Qualitätsmerkmal für Netzdienste (Quality of Service) zu erarbeiten sind.

**Begründung:**

Die Netzneutralität ist Grundlage für den Erhalt eines freien und gleichen Zugangs zum Internet für alle Nutzer. Damit ist die Netzneutralität Garant für den freien Meinungsaustausch nicht nur in Europa, sondern weltweit. Ein Verlust der Neutralität der Datenübertragung gefährdet diese Freiheit, die ein Grundpfeiler unseres demokratischen Verständnisses ist. Deshalb ist es Aufgabe der Politik, einen gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der diese Freiheit weiterhin garantiert. Eine gesetzliche Festschreibung der Netzneutralität in Deutschland allein reicht jedoch nicht aus, sondern muss mindestens im Rahmen der EU-Gesetzgebung erfolgen.

Rolf Fischer  
und Fraktion

Peter Eichstädt  
und Fraktion

Thorsten Fürter  
und Fraktion

Heinz-Werner Jezewski  
und Fraktion